

## **Investieren statt Streichen - verlässlich und mit Weitblick aus der Corona-Krise** 5-Punkte-Plan für einen stabilen Leipziger Haushalt und grüne Zukunftsinvestitionen

Die Corona-Pandemie stellt auch die öffentlichen Haushalte vor erhebliche Herausforderungen. Für das laufende Corona-Krisenmanagement sind Ausgaben für die Beschaffung eines ausreichenden Infektionsschutzes und kurzfristige Liquiditätshilfen unabdingbar. Neben kurzfristigen neuen Ausgaben zur Bekämpfung der Pandemie werden jedoch vor allem wegbrechende Einnahmen die größten Auswirkungen auf den Haushalt haben. Neben kurzfristigen neuen Ausgaben zur Bekämpfung der Pandemie sind alle Ebenen von Einnahmeverlusten betroffen. **Leipzig wird wie andere Kommunen mit sinkenden Gewerbesteuereinnahmen, aber auch weniger Mitteln aus der Verteilung der Einkommensteuer und kommunalen Abgaben und Gebühren konfrontiert.**

Die nun beschlossenen Soforthilfen zwischen Freistaat und kommunalen Spitzenverbänden in Höhe von insgesamt 750 Mio. EUR sind wichtig und richtig. Sie entlasten die sächsischen Kommunen im Sinne einer hälftigen Lastenteilung nur kurzfristig und teilweise von Steuerausfällen und pandemiebedingten Mehrkosten. **Jetzt muss die Stadt Leipzig ihren Teil zur Stabilisierung beitragen.** Viele stellen sich angesichts fehlender Einnahmen die Frage, ob und an welcher Stelle nun gekürzt oder Mehrbedarfe abgelehnt werden müssen. Einige Kommunen verhängen bereits Haushaltssperren und Investitionsstopps. Bündnis 90 / Die Grünen vertreten haushaltspolitisch einen klaren, verantwortungsvollen und nachhaltigen Kurs: gerade in der Krise muss die öffentliche Hand verlässlich und weitblickend agieren. **Leipzig darf der Krise nicht hinterher sparen, sondern muss die öffentliche Daseinsvorsorge sicherstellen. Wer in der jetzigen Krise kürzt, verschärft die Krise, zerstört gewachsene Strukturen und stößt einen wirtschaftlichen und sozialen Abwärtssog an.** Die damit verbundenen Gefahren gilt es abzuwehren. Gefahren wie der Klimawandel sind für die Stadtkasse langfristiger und größer als die jetzigen der Corona-Pandemie.

Angesichts des historischen Ausmaßes der Corona-Krise hilft der Blick darauf, wie große Krisen bisher erfolgreich bewältigt wurden: Investieren statt Streichen. Dafür braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen, die nicht auf dem Rücken von einkommensschwachen Menschen und kleinen Unternehmen gestemmt werden darf. Wir plädieren für eine gerechte Lastenteilung, die insbesondere die höheren Einkommen und Vermögen in die Verantwortung nimmt. **Verlässlich und ausgabenstabil in der Krise, mit Weitblick und mutigen Investitionen aus der Krise.** Leipzig braucht jetzt ein kluges Haushaltsmanagement und muss sinnvolle Investitionen wie geplant umsetzen. Dafür unterbreiten wir hier konkrete Vorschläge.

### **1. Mit einem klugen Haushaltsmanagement durch die Krise**

Um mit einem klugen Haushaltsmanagement durch die Krise zu kommen, bedarf es Einnahmewahrheit und Ausgabenklarheit. Derzeit können nur die Einnahmeausfälle der Gewerbesteuer geschätzt werden, aktuell auf 140 Mio. EUR für 2020. Das würde aktuell sieben Prozent des derzeitigen Ergebnishaushaltsvolumens (ca. zwei Milliarden Euro) ausmachen. Offen ist, in welchem Umfang weitere Einnahmeausfälle bei der Einkommens- und Umsatzsteuer eintreten werden, da sich die Stadtverwaltung derzeit noch nicht aussagefähig zeigt. Daher braucht es in einem ersten Schritt einen **Kassensturz** und eine anschließend **fortlaufende Berichterstattung**, die offenlegt, welche Einnahmeausfälle bei den Steuerarten sowie den kommunalen Abgaben und Gebühren zu erwarten und zu verzeichnen sind. Dabei sind in der Gesamtschau auch bisherige Gewerbesteuerermehreinnahmen sowie ungeplante

Mehreinnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich der Vorjahre, für die noch kein Jahresabschlussergebnis vorgelegt werden konnte, zu berücksichtigen.

Darauf aufbauend sind zunächst die bestehenden **Vorsorgerücklagen**, zu überprüfen. Sie stellen für Leipzig gerade jetzt einen Puffer innerhalb des städtischen Eigenkapitals dar, um der Kommune eine flexiblere Haushaltswirtschaft zu ermöglichen, ohne gleich in ein formalisiertes Haushaltssicherungsverfahren gehen zu müssen. Diese Rücklagen, für die Leipzig derzeit bei Banken Verwarentgelte und Negativzinsen zu zahlen hat, sind im laufenden Haushalt ebenso wie bei der Haushaltsplanung 2021 und 2022 zu nutzen, sofern Rücklagen oberhalb der Mindestrücklage vorhanden sind. Investments in Spezialfonds, die als Liquiditätsreserve abgeschlossen wurden, sind zu prüfen und gegebenenfalls aufzulösen, um das Liquiditätsniveau der Stadt Leipzig anzuheben. Sind diese erschöpft, können **Kassenkredite** zu aktuell sehr niedrigen Zinsen aufgenommen werden, um auftretende Mindereinnahmen zu kompensieren. Der aktuelle Jahreshaushalt der Stadt erlaubt es derzeit, Kassenkredite in Höhe von bis zu 200 Mio. EUR aufzunehmen.

Ein flexibleres Haushaltsmanagement ist in der aktuellen Situation und den kommenden Jahren geboten, um in einem unsicheren wirtschaftlichen Umfeld als stabilisierender Faktor zu wirken. Daher verbietet sich für Leipzig zum einen das Festhalten an der „schwarzen Null“ in diesen Krisenzeiten unter Berücksichtigung der noch zu erwartenden Negativfolgen für die haushälterische Einnahmen- und Ausgabenseite. Zum anderen wird erst durch ein Monitoring das Gebot vernünftiger Haushaltsführung, ständig die Angemessenheit von Ausgaben zu prüfen, gut einhaltbar. Wir fordern ein kluges Haushaltsmanagement im Zeichen der Auswirkungen der Corona-Krise:

- Fortlaufendes Monitoring, das dem Finanzausschuss monatlich über die Haushaltssituation berichtet
- sofortige Überprüfung des Investments in Spezialfonds
- Inanspruchnahme von Vorsorgerücklagen, um Mindereinnahmen zu kompensieren
- Nutzung von Kassenkrediten
- Vermeidung von Haushaltssicherungsverfahren und Haushaltsperre
- Prüfung der Beschlussfassung von Einzelhaushalten für 2021 und 2022, um anhaltende Planungsunsicherheiten zu berücksichtigen
- Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten zur Ausgabe von Stadtanleihen an Dritte, sogenannte Bürger\*innen-Bürgschaften
- Die im Haushalt 2020 bereitgestellten und bereits bewilligten Fördermittel für die Institutionelle Förderung und die Projektförderung wird mit dem Schwerpunkt auf den Kulturbereich an die Träger ausgezahlt, wenn auch bei Jahresverschiebungen oder Totalausfällen deren Aufwendungen nachweislich nicht mehr abwendbar waren

## 2. Leipzig bleibt ein verlässlicher Partner für Bürgerschaft und Unternehmen

Die Einwohnerzahl Leipzigs ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Die **Infrastruktur** des Stadtgebietes und der Stadtgesellschaft an sich hinken diesem Wachstum trotz erheblicher Anstrengungen nach wie vor hinterher. Trotz des ökonomischen Aufholprozesses sind die Haushaltseinkommen stark unterdurchschnittlich und bestehen in einzelnen Ortsteilen große **soziale Herausforderungen**. Wer jetzt in der sozialen Infrastruktur kürzt, riskiert gesellschaftliche Schäden, deren Reparatur später umso teurer wird. Wer freiwillige Aufgaben wie z.B. in der Kultur zur Disposition stellt, gefährdet zum Teil jahrzehntelang aufgebaute gewachsene Strukturen, die Leipzig so attraktiv machen. Und wer Ausgaben für den Klimaschutz nun verschieben will, verschärft die bestehenden Gefahren, die aus der Klimaerwärmung erwachsen, und lässt die Stadt zunehmend schutzlos gegenüber den Folgen des Klimawandels mit seinen Hitzesommern und Starkwetterereignissen werden. Um

insbesondere den ansässigen Mittelstand zu schützen, braucht es **weiterhin Investitionen auf hohem Niveau**. Dazu müssen nicht nur unmittelbar bevorstehende Investitionen getätigt, sondern auch Planungsprozesse vorangetrieben werden. Daher lehnen wir das Aussetzen oder Verschieben von Planungsprozessen grundsätzlich ab. Dieser Ansatz muss uneingeschränkt auch für das Startup-Ökosystem in unserer Stadt verfolgt werden. Unsere Zukunft lebt von Planungssicherheit im Hier und Jetzt. Leipzig muss als Kommune gerade in der Krise ein **verlässlicher Partner für Bürger\*innen und Unternehmen** sein – deshalb müssen die Ausgaben stabil bleiben. Deshalb fordern wir, strategische Ziele insbesondere in folgenden Bereichen zu verfolgen:

- Unveränderte Finanzierung von Planungsleistungen für mittel- und langfristige Investitionsvorhaben
- Aufrechterhaltung des Investitionsprogramms in Kitas und Schulen
- massiver Ausbau der präventiven Leistungen im Kinder- und Jugendhilfebereich, um den Hilfen zur Erziehung vorzubeugen
- Beibehaltung der Zuschüsse für die Freie Szene auf jetzigem Niveau in den Haushaltsjahren 2021 und 2022
- Verlängerung der Laufzeiten für Projekte der Freien Kulturszene: Projektumsetzung statt bis zum 31.12.2020 nun bis mindestens 30.6.2021 ermöglichen unter Übertragung der corona bedingt nicht ausgeschöpften Projektmittel in 2020 nach 2021.
- Umsetzung der Maßnahmen des Klimanotstands und Einrichtung des Referats Klima und Nachhaltigkeit
- Umsetzung des wohnungspolitischen Konzepts

### 3. Mit einer Kommunalkasse den Kommunen eine Perspektive geben

Auch wenn Leipzig kurz- und mittelfristige Lösungen nutzen kann, um stabile Ausgaben zu ermöglichen, braucht es einen wirksamen **Schutzmechanismus für die kommunalen Haushalte**. Die nun vom Freistaat beschlossenen Hilfen werden dafür bei weitem nicht ausreichen. Allein über die jetzigen investiven Schlüsselzuweisungen im Finanzausgleichsgesetz werden die zu erwartenden Folgewirkungen in 2021 und 2022 kaum zu bewältigen sein. Deshalb braucht es Regelungen, wie mit corona-bedingten finanziellen Notlagen der Kommunen umgegangen wird hinsichtlich des Haushaltsausgleichs, der Haushaltsgenehmigung und der Haushaltsprüfung. Wir schlagen die Einrichtung einer **„Kommunalkasse“** nach dem Vorbild der sogenannten ‚Hessenkasse‘ vor, um die kommunalen Haushalte zu stabilisieren und die Corona-bedingten Folgen aufzufangen. Die Sachsenkasse wird als Sonderfond des Freistaats eingerichtet und sieht einen an den Steuermindereinnahmen und Corona-bedingten Sonderausgaben orientierten Mechanismus zum Ausgleich der Corona-bedingten Haushaltsfolgen vor:

- Ausgleich der Rücklagenentnahmen von Kommunen, die vor der Corona-Krise gut gewirtschaftet haben und nicht auf kommunale Kassenkredite angewiesen sind
- Übernahme und langfristige Tilgung von kommunalen Kassenkrediten, die bedingt durch die Corona-Pandemie aufgenommen wurden. Die betroffenen Kommunen sollen durch eine Zinsverbilligung nur etwa ein Drittel der Zins- und Tilgungslasten tragen, die ihnen sonst entstanden wären.
- Zuschüsse zur Aufrechterhaltung der notwendigen Eigenanteile für die Inanspruchnahme von Investitionsförderprogrammen.
- Einrichtung eines Beirats der Sachsenkasse unter Beteiligung der kommunalen Familie zur Errichtung und Begleitung des Sonderfonds

- Gründung einer Stabstelle zur Beratung der Kommunen. Sie analysiert unter Einbeziehung des Sächsischen Rechnungshofes die Haushaltssituation von Kommunen, die die Beratung anfragen, und macht Vorschläge zur Nutzung der Landesinstrumente sowie zur Konsolidierung, falls erforderlich.

#### 4. Kommunale Unternehmen schützen und stärken

Der überwiegende Teil der kommunalen Investitionen betrifft neben der Stadtverwaltung auch die kommunalen Unternehmen. Sie stellen die größten Arbeitgeber der Stadt dar. Bereits jetzt ist absehbar, dass z.B. die Leipziger Verkehrsbetriebe durch stark zurückgehende Fahrgastzahlen starke Mindereinnahmen zu verzeichnen haben. Auch bei den Stadtwerken und der LWB ist aufgrund situationsbedingten Abschlags- und Mietstundungen derzeit nicht ausgeschlossen, dass sich die Krise negativ auswirkt. Werden diese Defizite in den kommunalen Unternehmen bilanziell wirksam, schlagen sie sich auf Eigenkapital und Verschuldungsquote nieder. Im Ergebnis ist die **Investitionsfähigkeit** dieser Unternehmen bedroht. Deshalb fordern wir seitens des Bundes und des Freistaats gezielte Maßnahmen, um durch Soforthilfen die Liquidität und Investitionsfähigkeit der kommunalen Unternehmen zu stärken:

- Verbindliche Öffnung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds für kommunale Unternehmen
- Öffnung des KfW-Darlehen-Sonderprogramms für kommunale Unternehmen
- Prüfung von Investitionszuschüssen für kommunale Unternehmen
- Begünstigung von Investitionen hin zur Brutto-Klimaneutralität der kommunalen Unternehmen.

#### 5. Stärker aus der Krise mit einem Green New Deal für Leipzig

Wie tiefgreifend die wirtschaftliche Abwärtsbewegung infolge der Corona-Krise sein wird, ist derzeit noch nicht absehbar. Unternehmen investieren nur dann, wenn sie Vertrauen in eine positive wirtschaftliche Entwicklung fassen können. Dafür braucht es klare Signale der öffentlichen Hand und insbesondere der Kommunen. Leipzig muss deshalb **geplante Investitionen umsetzen und gezielt neue Investitionsimpulse** setzen. ~~Zügige Impulse können v.a. dort gesetzt werden,~~ wo Projekte bereits geplant und beantragt wurden. Hierzu sind die Förderstopps bei überzeichneten Landesprogrammen wie der RL Kommunaler Straßenbau aufzuheben und zusätzliche Mittel einzustellen. Alle Investitionen müssen auf ihre **Auswirkungen für den Klimaschutz** überprüft werden. Neue Investitionen müssen vorrangig im Sinne des Green New Deal der Umsetzung des Klimanotstands und der sozialen und ökologischen Erneuerung der Stadt dienen sowie die regionalen Wertschöpfungsketten befördern, um sich von der globalen Wirtschaft unabhängiger zu machen. Wir fordern insbesondere folgende Punkte umsetzen:

- Verstärkte Investitionen in die Radinfrastruktur durch Verdopplung der jährlichen Ausgaben auf 12 EUR/Einwohner\*in
- Beibehaltung eines hohen Investitionsniveaus für den ÖPNV zum Erhalt und Ausbau des Netzes sowie ökologischer Fahrzeugflotten.
- Investitionen in Erhalt, Instandsetzung und Umbau kommunaler Straßen sichern und verstärken. Dazu ist das Landesprogramm für Kommunalen Straßenbau aufzustocken.
- Verstärkte Investitionen in kommunalen Klimaschutz, z.B. Straßen- und Parkbäume, Fassadenbegrünung, Dachbegrünung, Mikroparks. Dazu sind Landesmittel für den kommunalen Klimaschutz aufzustocken.

- Anhebung der sozialen Wohnraumförderung, um mindestens 10.000 Sozialwohnungen bis 2030 zu realisieren.
- Erwerb von Elektrofahrzeugen zum Austausch der Diesel-Fahrzeugflotte, unterstützt von einem Landesprogramm.
- öffentlichkeitswirksames Bekenntnis zum Ausbau von Photovoltaikanlagen durch den Aufbau eines sich stetig aktualisierenden Solardachkatasters für Privat- und Gewerbeflächen in unserem Stadtgebiet.
- Überprüfung derzeit versiegelter städtischer Brachen mit dem Fokus, geeignete Flächen für eine regionale Landwirtschaft zu priorisieren.